

# **Finanzausschuss**

## **Protokoll Nr. FINA/06/2009**

**über die öffentliche Sitzung am 08.09.2009,  
Rathaus, Sitzungszimmer 103**

Beginn : 19:30 Uhr  
Ende : 23:00 Uhr

### **Anwesend**

#### **Vorsitz**

Herr Tobias Koch

#### **Stadtverordnete**

Herr Christian Conring  
Herr Rolf Griesenberg  
Herr Dirk Langbehn  
Herr Detlef Levenhagen  
Frau Birte Voss

#### **Bürgerliche Mitglieder**

Herr Dieter Brandt  
Herr Michael Stukenberg - beratend -

#### **weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder**

Herr Werner Bandick

#### **Verwaltung**

Frau Angela Haase - Protokollführerin -  
Herr Horst Kienel - Berichterstatter -

-

Frau Christa Reichardt - Seniorenbeirat - (öffentl. Teil)

### **Es fehlen entschuldigt**

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

## **Behandelte Punkte der Tagesordnung:**

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Festsetzung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Genehmigung des Protokolls Nr. 05 vom 23.06.2009
5. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt
6. Erlass der I. Nachtragshaushaltssatzung 2009 **2009/101**
7. Verschiedenes
- 7.1. Dauer der Sitzungen
8. Kenntnisnahmen
- 8.1. Pavillon Rathausplatz 39 **2009/068/1**

## **1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende, Herr Koch, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die heutige Sondersitzung des Finanzausschusses.

## **2 Festsetzung der Tagesordnung**

Insbesondere den Bürgerlichen Ausschussmitgliedern liegen die Vorlagen der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte nicht vor. Auch auf diesem Hintergrund wird beschlossen, zu Tagesordnungspunkt 9 nicht abzustimmen, aber zu beraten. Gleiches gilt für TOP 10 b), da die Vorlage erst am 03.09.2009 versendet wurde. Im Hinblick auf den Nachtrag 2009 besteht noch Erörterungsbedarf in den Fraktionen, sodass eine Empfehlung in der kommenden Sitzung des Finanzausschusses am 22.09.2009 erfolgen wird, um eine Beschlussfassung in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am **28.09.2009** zu ermöglichen.

Die Tagesordnung wird - wie mit Einladung vom 18.08.2009 bekannt gegeben - festgesetzt.

## **3 Einwohnerfragestunde**

Die Einwohnerfragestunde entfällt.

## **4 Genehmigung des Protokolls Nr. 05 vom 23.06.2009**

Sowohl der öffentliche als auch der nichtöffentliche Teil werden ohne Änderungen genehmigt.

Zur Übersicht der Zuweisungen und Zuschüsse an Vereine und Verbände wird nach dem Unterschied der Begrifflichkeiten „Zuweisungen“ und „Zuschüsse“ nachgefragt. Die Verwaltung erläutert, dass es sich bei „Zuweisungen“ um Einnahmen bzw. Zahlungen an von öffentlichen Trägern handelt. „Zuschüsse“ erfolgen von oder an Private.

Es wird ferner nachgefragt, ob die in der Übersicht genannten Zuweisungen und Zuschüsse freiwilliger Art sind. Dieses wird von der Verwaltung nur bedingt bejaht. Vielfach liegen diesen Zahlungen Verträge zugrunde, sodass eine Reduzierung der Zuweisungen und Zuschüsse nicht ohne Weiteres möglich ist.

## **5 Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt**

Auf den städtischen Konten sind zurzeit 1,4 Mio. € verfügbar. Daneben ist zurzeit Tagesgeld in Höhe von 6,7 Mio. € angelegt. Dies bedeutet einen Bestand von 8,1 Mio. €. Bis inkl. der ersten Oktoberwoche sind Ausgaben in Höhe von 2,7 Mio. € zu leisten. Somit stehen bis zu diesem Zeitpunkt liquide Mittel von rd. 5,4 Mio. € zur Verfügung.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die im nichtöffentlichen Teil zu beratenden Grundstücksangelegenheiten bereits im 1. Nachtragsentwurf enthalten sind. Ferner wird darum gebeten, eine Schuldenübersicht beizufügen.

### **Anmerkung der Verwaltung**

*Dem Vorbericht zum Haushalt 2009 (Seite 25, 26 und 37) - insbesondere Seite 25 - ist der tatsächliche Schuldenstand zu entnehmen. Er wird zum 31.12.2009 – Stand Ursprungshaushalt 2009 – auf 15.009 TEUR infolge des ÖPP-Modells für den Bau der Sporthalle an der IGS steigen. Die Übersicht liegt diesem Protokoll als **Anlage 1** bei.*

Die Verwaltung erläutert eingangs, dass die **Änderungsliste** wie folgt aufgebaut ist (handschriftliche Seitenangabe):

- |                 |   |
|-----------------|---|
| Seite 13 bis 17 | Ergebnishaushalt (ggf. auch Ein- und Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit im Finanzhaushalt) |
| Seite 18 – 21   | Finanzhaushalt (Ein- und Auszahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit)                         |

Der Vorsitzende führt – bezogen auf Seite 11/ Ergebnishaushalt Nachtrag – aus, dass infolge der dargestellten Veränderungen sich das Jahresergebnis (Ziffer 26) von einem Überschuss in Höhe von 2.407.000 € verändert in einen Fehlbedarf von 7.496.400 €. Ursächlich sind insbesondere die Erträge (Ziffer 10), die von 60,249 Mio. € auf 50,921 Mio. € sinken. Auf Nachfrage erläutert die Verwaltung, dass die Wertveränderungen in Ziffer 16 - sonstige ordentliche Aufwendungen - enthalten sind. Hier sind Aufwendungen von 8,045 Mio. € neu gegenüber ursprünglich 6,488 Mio. € Aufwendungen enthalten. Die Differenz von 1.557.500 € ist eine Saldierung aus der zusätzlichen Belastung durch den Ankauf der Flächen Erlenhof und einer „Entlastung“ auf dem Hintergrund dessen, dass die Grundstückserlöse im Gewerbegebiet deutlich reduziert werden und das Vermögen bei der Stadt Ahrensburg in 2009 noch verbleibt.

Bezogen auf Seite 12/ Finanzhaushalt weist der Vorsitzende besonders auf Zeile 37 - Aufnahme von Krediten – hin. Dort ist zum Ausgleich bei einem Anfangsbestand an Finanzmitteln von 13,5 Mio. € (Ziffer 43) ein Kreditbedarf von 4,349 Mio. € ausgewiesen. Gegenüber dem Ursprungshaushalt sind damit die vorhandenen Finanzmittel 2009 aufgebraucht.

Der Finanzausschuss berät zunächst anhand der in der Vorlage enthaltenen textlichen Veränderungen.

### **Zu 1.1 / Erträge des Ergebnishaushalts**

Nach Vortrag des Berichterstatters wird empfohlen, die **Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken** auf neu 1,3 Mio. € statt wie vorgeschlagen 1,5 Mio. € zu reduzieren.

Zur **Gewerbsteuer** wird ausgeführt, dass das Anordnungssoll momentan bei rd. 20 Mio. € liegt. Ursächlich für diese Verbesserung ist insbesondere eine

Nachzahlung für 2007. Auf diesem Hintergrund wird – trotz der Unwägbarkeiten bis zum Jahresende 2009 – eine Anhebung der Gewerbesteuer auf 20 Mio. € - statt wie vorgeschlagen 19,5 Mio. € - für vertretbar gehalten.

Zum **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer** wird ausgeführt, dass es erst im November ggf. eine weitere Steuerschätzung geben wird. Die bisherigen Zuweisungen für zwei Quartale in 2009 bestätigen den Ansatz von rd. 12 Mio. €.

#### **Zu 1.2 / Aufwendungen des Ergebnishaushalts**

Die Verwaltung führt aus, dass den bilanziellen Abschreibungen und der Auflösung von Investitionszuschüssen relativ genaue Grundlagen zugrunde liegen. Nach jetzigem Erkenntnisstand wird davon ausgegangen, dass die Abschreibungen 2009 den dargestellten Ansatz nicht überschreiten.

#### **Zu 2.2 / Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**

Die Verwaltung weist darauf hin, dass für den Haltpunkt Gartenholz – Zuwendungen an die DB - statt eines Haushaltsansatzes 2009 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 450.000 € zu Lasten 2010 ausreichend wäre. Näheres hierzu wird im Bau- und Planungsausschuss vorgetragen werden.

Bezogen auf die Aussage, dass die Stadt sich mit einem Anteil von 25 % an den Baukosten für die Bahnsteige zu beteiligen habe, wird um eine rechtliche Prüfung gebeten. Ferner bittet ein Ausschussmitglied darum, die Protokollauszüge des Bau- und Planungsausschusses vom 17.06.2009 und 01.07.2009 – auf welche Bezug genommen wurde – beizufügen und bemängelt, dass hinsichtlich der an die DB zu zahlenden Zuwendungen bisher keine Vorlage vorgelegt wurde.

#### **Anmerkung der Verwaltung**

*Die Auszüge liegen als **Anlage 2 und 3** bei. Da es sich um jeweils nichtöffentliche Beratungen handelte, sind die Auszüge dem nichtöffentlichen Teil beigelegt.*

Anschließend wird die Veränderungsliste erörtert. In diesem Zusammenhang weist die Verwaltung auf weitere Änderungen hin.

#### **Produkt-Sachkonto (PSK) 11145.5221010 / Einmalige Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens der Liegenschaften**

Es wird darum gebeten, den Ansatz auf nur 30.000 € statt 10.000 € abzusenkten. Ursache hierfür ist eine Rechnung, wonach die Stadt rd. 21.000 € für das Versetzen einer Versorgungsstation der E.ON Hanse zu übernehmen hatte, die sich zuvor auf dem jetzigen Grundstück des Einkaufszentrums Klaus-Groth-Straße befand. Die Stadt hatte sich im Kaufvertrag zur lastenfreien Übergabe verpflichtet, die Rechnung ist erst in 2009 durch E.ON Hanse eingegangen.

#### **PSK 35110.5318000 / Zuschüsse an das Weihnachtshilfswerk**

Der Ansatz ist um 2.700 € auf 10.300 € aufzustocken. In diesem Umfang wurden in den letzten Wochen 2008 noch Spenden eingezahlt, die erst 2009 Bedürftigen ausgezahlt werden können.

### **PSK 36515.5318014 / Bezuschussung Tagespflege**

Aufgrund der Rückfrage des Finanzausschusses, ob tatsächlich die Reduzierung um 80.000 € auf 20.000 € vertretbar sei, wurde mit dem zuständigen Fachdienst Rücksprache genommen. Dieser hat bestätigt, dass der Ansatz von 20.000 € - insbesondere für die Qualifizierung der Tagesmütter und Tagesväter – ausreichend ist.

### **PSK 42400.5315000 / Defizitzuschuss für das badlantic**

Ein Ausschussmitglied erkundigt sich nach dem Hintergrund der Steigerung des Defizit-Zuschusses 2009 um 190.000 € auf 1,95 Mio. €. Die Verwaltung teilt mit, dass ursächlich hierfür einerseits einmalige Unterhaltungsmaßnahmen (insbesondere Gebälk) am Gebäude des badlantic waren, aber auch geringere Eintrittserlöse. Herr Stukenberg erinnert, dass im Hauptausschuss vor einiger Zeit angeregt worden sei, über eine Modifizierung der Verträge nachzudenken. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass derartige Bemühungen in der Vergangenheit erfolglos waren und erinnert an die langfristige Laufzeit des Vertrages.

### **PSK 56100.5431010 / Spezielle Geschäftsaufwendungen für Umweltschutzmaßnahmen**

Die Verwaltung führt aus, dass der Mehrbedarf für Methangasuntersuchungen nicht auf das Grundstück des THC und den Bereich Fannyhöh, sondern auf das angrenzende jetzt städtische Grundstück des Schützenhauses zurückzuführen ist. Hier habe in diesem Jahr eine Begehung der Verwaltung stattgefunden und man sei überein gekommen, auf diesem angrenzenden Bereich ebenfalls Untersuchungen durchzuführen. Die Fläche soll ggf. später für Ausgleichsmaßnahmen dienen.

### **PKS 36500.09 / Auszahlungen aus Hochbaumaßnahmen für die KiTa Pionierweg**

Die Verwaltung führt aus, dass ein Kostenansatz von mindestens 15.500 € für bereits erteilte Aufträge bestehen bleiben muss. Insofern ist die vollständige Reduzierung nicht durchzuhalten. Um die Planungen soweit abschließen zu können, dass in 2009 ggf. der Anbau für eine Krippeneinrichtung erfolgen könnte, wäre der Kostenansatz von 66.000 € unverändert notwendig. Der Sozialausschuss wird im Rahmen seiner Zuständigkeit parallel heute abschließend klären, in welchem Umfang der Kostenansatz bestehen bleiben soll. Da die Rechnungen für die energetischen Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturprogramms (PSK 36500.0900028) nicht vollständig eingehen werden, kann die Baumaßnahme Konjunkturprogramm als Deckungsvorschlag herangezogen werden. Es ist allerdings eine Verpflichtungsermächtigung in diesem Umfang für 2010 einzustellen.

### **Anmerkung der Verwaltung**

*Der Sozialausschuss hat am 08.09.2009 zum Nachtrag beraten, allerdings noch ohne Beschlussfassung. Er hat sich dafür ausgesprochen, die Planungskosten in Höhe von 66.000 € bestehen zu lassen und die Planung 2009 komplett abzuschließen. Daher sollte eine Verpflichtungsermächtigung zu PSK 36500.0900028 in Höhe von 66.000 € veranschlagt werden.*

### **PSK 52200.1318300 / Gewährung von Ausleihungen**

Auf Nachfrage wird berichtet, dass der Verein Heimat die Baumaßnahme ohne ein städtisches Darlehen durchführt.

### **PSK 54600.0900030 / P+R-Anlage U-Bahnhof West**

Auf Nachfrage wird mitgeteilt, dass die Baumaßnahme bereits Gegenstand der Haushaltssperre vom Juni 2009 ist. Dieses wurde konsequenterweise auch im Nachtrag berücksichtigt. In Höhe von rd. 30.000 € sind Planungsaufträge erteilt bzw. Vermessungskosten (Höhenvermessung) angefallen. Ein Ausschussmitglied bittet um Mitteilung, ob die Planung vor einigen Jahren soweit abgeschlossen war, dass darauf aufbauend in diesem Jahr mit dem Neubau begonnen werden könnte.

### **Anmerkung der Verwaltung**

*Da der Bau- und Planungsausschuss dem Bau eines Parkhauses am Standort P+R-Anlage U-Bahnhof West angeregt hatte, wurde hierfür ein Planungsauftrag vergeben. Grundsätzlich bestand eine abgeschlossene Planung für die Neugestaltung des Parkplatzes, die Kosten sind aber zu aktualisieren. 200.000 € wurden als zu gering angesehen.*

Weitere Verständnisfragen werden nicht gestellt.

Die Verpflichtungsermächtigungen steigen von 8,770 Mio. € auf 9,046 Mio. €. Zurückzuführen ist dieses trotz der Streichung vieler VE's – insbesondere im Straßenbau – darauf, dass die Verpflichtungsermächtigung für den Grunderwerb Beimoor Süd von bisher 2,5 Mio. € auf 5,52 Mio. € aufgestockt wird. Ferner sind Maßnahmen für das Konjunkturprogramm im Schulbereich mit Verpflichtungsermächtigungen neu aufgenommen worden.

Ein Ausschussmitglied weist daraufhin, dass es im badlantic mit dem Konjunkturprogramm „Schwierigkeiten“ wegen der teilgewerblichen Nutzung – Gastronomie – geben könnte. Dieses habe sich bei anderen Kommunen gezeigt. Die Verpflichtungsermächtigungen bedeuten eine erhebliche Vorbelastung für den Haushalt 2010.

Auf Nachfrage zu den Straßenbaumaßnahmen stellt die Verwaltung klar, dass die Entnahme von Verpflichtungsermächtigungen im Rahmen des Nachtrags 2009 nicht zwangsläufig bedeutet, dass die Baumaßnahmen 2010 nicht durchgeführt werden. Es bedeutet zunächst nur, dass derzeit keine Aufträge erteilt werden können. Über die Maßnahmen selbst ist im Zusammenhang mit dem Haushaltsplan 2010 neu zu entscheiden.

Es ist bereits heute darauf hinzuweisen, dass die Steuereinnahmen wie Gewerbe- und Einkommensteuer 2010 das Niveau 2009 voraussichtlich nicht überschreiten werden; bei der Einkommensteuer ist sogar eine weitere Reduzierung möglich, da der Erlass des Innenministers vom 22.05.2009 „Auswirkungen der Mai-Steuerschätzung 2009 auf die kommunale Finanzwirtschaft“ für das Haushaltsjahr 2009 von einem Gemeindeanteil von 814 Mio. € landesweit und für 2010 nur von einem Gemeindeanteil von landesweit 733 Mio. € ausging.

Ein Ausschussmitglied stellt fest, dass auf dem Hintergrund der aktuellen Fi-

nanzsituation/ Wirtschaftskrise die Stadt eine Prioritätenliste ihrer Vorhaben für 2010 ff. erstellen sollte.

## **7 Verschiedenes**

### **7.1 Dauer der Sitzungen**

Ein Ausschussmitglied bittet, die Sitzungen grundsätzlich auf 22:00 Uhr zu begrenzen. Alternativ könnte auch darüber nachgedacht werden, dass die Sitzungen zukünftig immer ab 19:00 Uhr beginnen. Dagegen wenden sich andere Ausschussmitglieder, da sie auswärts arbeiten.

Abschließend kommt man überein, dass ein straffer Sitzungsablauf anzustreben ist. Bei längeren Sitzungen – wie z. B. grundsätzlich zu den Haushaltsberatungen – könnte generell abweichend jeweils 19:00 Uhr begonnen werden, ansonsten verbleibt es bei 19:30 Uhr. Auf die abweichende Zeit ist in der Einladung deutlich hinzuweisen.

## **8 Kennntnisnahmen**

### **8.1 Pavillon Rathausplatz 39**

**2009/068/1**

Der Finanzausschuss hat am 23.06.2009 zuletzt über die Nutzung des Pavillons Rathausplatz 39 beraten und darüber abgestimmt, den Pavillon nur mit einem Mindestbetrag von 5.000 € instand zu setzen. Ferner wurde die Nutzungsvereinbarung grundsätzlich beschlossen.

Der Berichterstatter teilt mit, dass anschließend mit den Interessenten Kontakt aufgenommen worden sei. Unter diesen Bedingungen hat sich kein Interessent bereiterklärt, die Nutzung des Pavillons zu übernehmen. Nähere Hintergründe hierzu sind nicht bekannt.

Er teilt ferner mit, dass Herr Saballus vom Historischen Arbeitskreis an die Stadt herantreten sei mit der Bitte, die Schaufensterflächen nutzen zu können. Unter den gegebenen Umständen hat die Verwaltung keine Einwände.

Einige Ausschussmitglieder regen an, die im Nachtragsentwurf gestrichenen Mittel (PSK 11155.5211010) für einen Abbruch des Gebäudes wieder einzustellen. Darüber soll auch am 22.09.2009 entschieden werden.

gez. Tobias Koch  
Vorsitz

gez. Angela Haase  
Protokoll